

Neue Baugebiete lösen keine kommunalen Finanzprobleme

Thema der letzten Sitzung von Fraktion und Vorstand der GLH per Video-Konferenz waren die Haushaltssperre und vor allem die Lösungsvorschläge der anderen Fraktionen. Die Finanzlöcher im Gemeindehaushalt wollen CDU, Freie Wähler und FDP durch weitere Bau- und Gewerbegebiete stopfen. Diese Argumentation teilen die Grünen nicht, da waren sich Fraktion und Vorstand einig. Neue Baugebiete lösen keine kommunalen Finanzprobleme!

Sowohl kurz- als auch langfristig sorgen Baugebiete nicht nur für Einkünfte, sondern auch für Kosten, denn die entsprechende Infrastruktur muss gebaut und langfristig erhalten werden. Der Erhalt von Kanalisation, Straßen und Straßenbeleuchtung machen bereits heute einen vergleichsweise hohen Anteil am Gemeindehaushalt aus. Dazu kann schnell die Notwendigkeit einer Erweiterung von Kindergärten und Schulen kommen, denn die Kinderbetreuungsinfrastruktur ist schon jetzt gut ausgelastet.

Entgegengehalten wird dem, dass die Bewohner eines Neubaugebietes der Gemeinde mehr Einkommenssteuer bringen. Doch hier zeigt sich ein Interessenkonflikt – oder offenbart sich eine Einstellung: Wenn ein Baugebiet ein sattes Plus an Steuereinnahmen generieren soll, muss es auf gut verdienende Bewohner zugeschnitten sein. Andererseits besteht vor allem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Dies war im letzten Jahr, vor allem auch im Kommunalwahlkampf, ein wichtiges Thema. Ein solches Wohngebiet wird aber die Einkommenssteuer nicht sprudeln lassen, sondern eher geringe Einnahmen bringen.

Wer ein Baugebiet fordert, muss deshalb schon klar sagen, was damit primär erreicht werden soll: Sozialer Wohnungsbau und bezahlbarer Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen, der aber - seien wir ehrlich – kein finanzielles Gewinngeschäft für die Gemeinde ist, oder die Gemeindekasse mithilfe eines weiteren luxuriösen Einfamilienhausquartiers sanieren? Dabei ist durchaus fraglich, ob dieses Plus für die Gemeindekasse durch ein Wohngebiet für Besserverdiener überhaupt erzielt werden kann. Schon jetzt gibt die Gemeinde Hirschberg allein für die dringendsten Maßnahmen zur Infrastrukturerhaltung jedes Jahr mehrere Hunderttausend Euro aus.

Was an dieser Stelle zudem wieder einmal von den übrigen Fraktionen hintangesetzt wird, sind die nicht-monetären Aspekte von Bau- und Gewerbegebieten: Bautätigkeit bedeutet immer auch massive Flächenversiegelung, den Verlust von landwirtschaftlichen Flächen und Naherholungsräumen und das weitere Aufweichen der Siedlungsstruktur rund um die alten Ortskerne. Wie der Ort wachsen soll, muss eine Entscheidung sein, die alle Aspekte einbezieht und bei der auch die Bürgerinnen und Bürger mitreden sollten.

Wer Bau- und Gewerbegebiete als einfache Lösung für Finanzprobleme versteht, macht es sich zu einfach. Vielmehr fordern wir einen „Faktencheck“ vor jeder Entscheidung über Bautätigkeit, also ein fundierte Prognose darüber, für welche Bevölkerungsgruppen jetzt und in Zukunft Wohnraum fehlt. Erst danach kann die Entscheidung fallen, ob und was gebaut werden sollte. Und nach wie vor gilt für die GLH: kein Baugebiet ohne eine zuvor konsequent konzipierte Gesamt-Quartiersentwicklung.

Ebenso muss überlegt werden, wie die Gewerbeentwicklung gefördert werden sollte. Ob ein weiteres großflächiges Gewerbegebiet auf der grünen Wiese die richtige Maßnahme ist, oder ob nicht beispielsweise zentral gelegene Gewerbeeinheiten für kleine, innovative Unternehmen die bessere Lösung für Hirschberg sein könnten, muss anhand von Fakten entschieden werden. Aber nicht nur mit Blick auf die Gemeindekasse.